

Handlungskonzept



Netzwerk
GELEBTE DEMOKRATIE
in DESSAU-ROSSLAU

Impressum

Herausgeber: Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau; SprecherInnenrat
(www.gelebtedemokratie.de)

Textredaktion: Steffen Andersch, Anke Berghäuser, Mario Bialek, Folker Bittmann, Christoph Kaßner, Sabine Falkensteiner, Karin Hildebrandt, Rebekka Paul, Uwe Schmitter

Graphiken Seite 2, 6,9: Jens Puhle (www.designroyal.de)

Graphiken Seite 11,12 : Rebekka Paul; Mario Bialek

Deckblatt: Mario Bialek

Korrektur: Carolin Doller

Gesamtgestaltung: Steffen Andersch

Erscheinungsdatum: 01. August 2010

Inhaltsverzeichnis

1. Präambel	1
2. Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau – Das Leitbild	1
3. Ziele und Strukturen	2
3.1. Die Leitziele des Netzwerkes.....	2
3.2. Die Struktur des Netzwerkes	2
4. Vielfältige Initiativen für Demokratieentwicklung und der Rechtsextremismusprävention	4
4.2. Die Geschichte vom Bündnis gegen Rechts bis zum Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE	4
4.2. Bestandsaufnahme der Initiativen im Handlungsfeld.....	7
4.2.1. Herausforderungen.....	8
5. Zur aktuellen Situation - Ein Problemaufriss.....	10
5.1. Lagebild des Rechtsextremismus und Entwicklung der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten.....	10
5.2. Strukturelle Ausgangslage der Demokratieentwicklung in Dessau-Roßlau	13
5.2.1. Hemmende Faktoren	13
5.2.2. Nutzbare Potentiale und Ressourcen	14
6. Bedarfsanalyse	16
6.1. Notwendige Voraussetzungen und Rahmenbedingungen.....	18
6.1.2. Einrichtung einer Arbeitsstelle Demokratieentwicklung und Rechtsextremismusprävention	18

1. Präambel

Das Netzwerk gelebte Demokratie ist ein vielfältiges, lebendiges und allen Menschen offenes Bündnis in der Stadt Dessau-Roßlau. Demokratie ist für uns die erkämpfte Möglichkeit selbstbestimmten Lebens, die es zu bewahren, zu verteidigen und zu gestalten gilt.

Deshalb wollen wir:

- mit gemeinsamen Aktionen das demokratische Miteinander stärken,
- gemeinsam für Menschenwürde, Freiheit, Toleranz und Zivilcourage eintreten und
- alle Menschen, Vereine und Initiativen darin unterstützen, Vielfalt, Lebendigkeit und Lebensfreude in unserer Stadt zu entwickeln und sichtbar zu machen.

Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE - gemeinsam Demokratie leben

2. Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau – Das Leitbild

Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau hat sich am 07. Dezember 2009 gegründet und ist ein Zusammenschluss aus gleichberechtigten und vielfältigen Vereinen, Initiativen, Bildungsträgern, Kultureinrichtungen, Institutionen sowie engagierter Bürgerinnen und Bürger in der Stadt. Es setzt auf eine hohe Beteiligung und Transparenz und lebt vom aktiven Handeln jedes einzelnen Mitgliedes. Das Netzwerk begreift sich als Schnittstelle, möchte Angebote und Aktivitäten bündeln, Kooperationen vertiefen und dabei gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen aus dem bisherigen Erfahrungsschatz schöpfen.

Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE tritt mit all seinen Projekten für eine demokratische Alltagskultur in Dessau-Roßlau ein. Die unbedingte Wahrung der universellen Menschenrechte, der freiheitlichen Grundwerte, eines toleranten Miteinanders und einer praktischen Zivilcourage sind für ein demokratisches Gemeinwesen Voraussetzung und Vision zugleich. Damit gelingt es, die Lebendigkeit und Lebensfreude der Stadt zu zeigen und erlebbar zu machen.

Zugleich wendet sich das Netzwerk entschlossen gegen jegliche Formen von Diskriminierung, Gewalt und Menschenfeindlichkeit (Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus). Solche Tendenzen, Einstellungen und Weltbilder schließen Menschen aus, säen Zwietracht und Angst und appellieren an bestehende Vorurteile.

Für das Netzwerk ist Demokratie viel mehr als eine politische Staatsform. Nicht allein die Zuständigen im Rathaus, die Parteien und Behörden sind dafür da, das Zusammenleben in einer Kommune zu gestalten. Eine Zuschauerdemokratie wird auf lange Sicht die Interessen der Menschen nicht adäquat vertreten können. Wünsche öffentlich anzuregen, Vorstellungen gemeinsam zu diskutieren und Veränderungen anzustoßen, ist ein immer währender Prozess, der stets aufs Neue verhandelt und vermittelt werden muss. Dies kann aber nur erfolgreich gelingen, wenn diesen Weg möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mitgehen.

Deshalb ist GELEBTE DEMOKRATIE als Vielfalt ganz unterschiedlicher Lebensweisen, Herkünfte, Weltanschauungen und kultureller Ausprägungen eine große Chance für diese Stadt. Dieses Potential für eine lebendige Stadt noch besser nutzbar zu machen, ist der zentrale Leitgedanke des Netzwerkes.

Alle Bürger und Bürgerinnen der Stadt Dessau-Roßlau sind für die Zukunft ihrer Stadt selbst verantwortlich. Nehmen wir diese Herausforderungen an.

Wir laden alle Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt und der Region zum Mitmachen ein. Engagieren Sie sich in den Initiativen, Gruppen und Vereinen der Stadt, direkt im Netzwerk oder mit eigenen Aktionen.

3. Ziele und Strukturen

3.1. Die Leitziele des Netzwerkes

→ Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE entwickelt Prozesse und Strategien zur Demokratieförderung und setzt sich für eine weltoffene und tolerante Alltagskultur in Dessau-Roßlau ein.

→ Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE trägt dazu bei, den Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsstandort Dessau-Roßlau attraktiver zu gestalten.

→ Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE unterstützt die Kooperation von Vereinen, Initiativen, Institutionen und Behörden in den Handlungsfeldern Demokratieentwicklung, Bildungsarbeit, Integration, Lokalgeschichte und Rechtsextremismusprävention und trägt zu deren Entwicklung bei.

3.2. Die Struktur des Netzwerkes

Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE versteht sich selbst als offenes Gremium, in dem sich alle Bürgerinnen und Bürger aktiv einbringen können, um an diesem permanenten Gestaltungsprozess des Austausches und der Vernetzung mitzuwirken.

Der Charakter des Netzwerkes sieht vor, dass entsprechend aktueller Anforderungen der Ausbau und die Erweiterung der bislang 3 *themenzentrierten Arbeitsgruppen* [Arbeitsebene [siehe Abb. 1]] jederzeit möglich ist. Die Netzwerkmitglieder in den einzelnen Arbeitsgruppen agieren dabei unabhängig, das heißt sie bestimmen die thematischen Schwerpunkte und die organisatorischen Regularien selbst. Die gegenwärtig bestehenden Arbeitsgruppen befassen sich zum Beispiel mit der Planung von Handlungsstrategien im Umgang mit demokratiefeindlichen Tendenzen in Dessau-Roßlau (*AG 1 / Agieren und Reagieren*). Einen wichtigen präventiven Ansatz verfolgen NetzwerkakteurInnen in einer anderen Arbeitsgruppe (*AG 2 / Lokalgeschichte und Bildungsarbeit*). Dort werden Perspektiven besprochen, Synergien herbeigeführt und Verstetigungsprozesse in den Handlungsfeldern Lokalgeschichte und Bildungsangebote gemeinsam diskutiert und weiterentwickelt. Über anstehende Herausforderungen, die die Außenwirkung des Netzwerkes, strategische Debatten und die interne Kommunikation betreffen, tauschen sich die Mitglieder in der *AG 3 / Strategieentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit* aus.

Der *SprecherInnenrat* [Koordinierungsebene [siehe Abb. 1]] stellt die kommunikative, inhaltliche und operative Klammer des Netzwerkes dar. In diesem Gremium findet der kontinuierliche Austausch zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen statt. Der Rat setzt sich personell aus den AG-Verantwortlichen und den Gesichtern des Netzwerkes zusammen.

Die mindestens einmal jährlich auszurichtende *Netzwerkkonferenz* [Netzwerk-Parlament [siehe Abb.1]] ist der Ort, an dem alle AkteurInnen und UnterstützerInnen zusammen kommen und dabei Veranstaltungen planen, Handlungsstrategien diskutieren, Fachdiskurse führen und richtungsweisende Entscheidungen treffen.

Abbildung 1: Struktur des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau



4. Vielfältige Initiativen für Demokratieentwicklung und der Rechtsextremismusprävention

4.2. Die Geschichte vom Bündnis gegen Rechts bis zum Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE

Der Gründung des Netzwerkes ging ein 14-monatiger intensiver Diskurs voraus, an dem zivilgesellschaftliche Initiativen genauso beteiligt waren, wie relevante Vereine, Bürger, Institutionen, Behörden und Teile der Stadtverwaltung.

Das seit 1998 bestehende Bündnis gegen Rechtsextremismus (BgR) hatte im Oktober 2008 selbstkritisch reflektiert, über welche Mobilisierungsfähigkeit es noch verfügt. Hintergrund der damaligen Debatte war ein rechtsextremer Aufmarsch in der Stadt, der einige Wochen zuvor stattfand. Dem BgR gelang es damals trotz intensivster Bemühungen nicht, einen nennenswerten demokratischen Protest zu organisieren. Die Ansprache zur aktiven Beteiligung blieb zum großen Teil ungehört. In der folgenden Analyse standen mehrere Fragestellungen im Fokus: Sind die eingeschlagenen Handlungsstrategien und die bestehenden Strukturen noch wirksam und zeitgemäß? Warum gelingt es nicht, das Anliegen einer Stadt der Vielfalt und Toleranz an viel mehr Menschen, die lokale Wirtschaft und die Kommunalpolitik heranzutragen?

Eine Konsequenz aus dieser Entwicklung war, dass der Oberbürgermeister Klemens Koschig im Januar 2009 erstmals dazu einlud, gemeinsam den demokratischen Protest am 07. März 2009 auf die Straße zu tragen. An diesem Datum führten neonazistische Kameradschaften und die rechtsextreme NPD alljährlich ihren so genannten Trauermarsch durch, um in geschichtsverfälschender Manier die Bombardierung der Stadt im 2. Weltkrieg für ihre ideologischen Zwecke zu instrumentalisieren. Dem Aufruf des Oberbürgermeisters folgten erstaunlich viele MultiplikatorInnen, das temporäre Aktionsbündnis „Initiativkreis 7. März“ war geboren. Diesem Zusammenschluss gelang es, ein wirkungsmächtiges Zeichen zu setzen. Allerdings wurde auch strukturelle Kritik laut. So wären die Aktionen ohne die massive operative und infrastrukturelle Unterstützung staatlicher AkteurInnen – also der Stadtverwaltung – nicht zu verwirklichen gewesen. Für nicht wenige kam darin die Handschrift der engagierten Bürgergesellschaft deutlich zu kurz.

Im Mai 2009 diskutierten VertreterInnen des BgR und des „Initiativkreises“ zusammen mit der Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz (LAP) die Frage: Wie weiter? Dem Bündnis gegen Rechtsextremismus war daran gelegen, effektiver in der hiesigen Öffentlichkeit zu agieren. Der Initiativkreis sah sich als temporäres Gremium nicht dauerhaft in der Lage, maßgebliche Impulse in der Stadt zu setzen und der LAP stand vor der Herausforderung die modellhaft entwickelten Projekte und entstandenen Kooperationsgeflechte, die im Rahmen des Programms VIELFALT TUT GUT in Dessau-Roßlau implementiert werden konnten, angesichts der Ende 2010 auslaufenden Förderungen durch den Bund in eine strukturelle und inhaltliche Verstetigung zu überführen. Angesichts dieser Ausgangslage wurde die Entscheidung getroffen, diese Diskussion auf einer breiten Basis zu führen.

Alle drei Initiativen luden am 19. Juni 2009 zum Strategieworkshop „Gelebte Demokratie aber wie?“ ein. Von der Resonanz waren nicht wenige überrascht. Fast 70 Menschen aus Vereinen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Behörden, Kultureinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen und der Verwaltung waren ins Alte Theater gekommen, um zusammen Perspektiven und Handlungsstrategien zu diskutieren. Das Ergebnis dieser richtungsweisenden Veranstaltung war dabei klar und unmissverständlich: Soll die Stadt demokratischer und vielfältiger werden, müssen die Aktivitäten gebündelt werden und neue Konzepte her. Der Zusammenschluss, so die Schlussfolgerung des Workshops, der bisherigen Gremien sei dafür eine strukturelle Voraussetzung. Schließlich erhielt eine paritätisch besetzte Vorbereitungsgruppe das Mandat, einen entsprechenden Vorschlag für die Zusammenführung zu erarbeiten.

Am 07. Dezember 2009 gründete sich das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE im Alten Theater. Wieder waren fast 70 Menschen aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kultur dabei. Alle AkteurInnen sprachen sich auf der Gründungsveranstaltung zudem für das Modell der themenzentrierten Arbeitsgruppen unter Einbeziehung des SprecherInnenrates und des Netzwerkparlamentes (Netzwerkkonferenz) (siehe auch Punkt 3.2.) aus. Außerdem wurden inhaltliche Schwerpunkte festgelegt, eine Jahresplanung besprochen und ein Ausblick auf Herausforderungen gewagt.

Im Januar und Februar 2010 begannen die Arbeitsgruppen mit ihren konkreten Aktivitäten. Als Höhepunkt ist bislang vor allem der 13. März 2010 hervorzuheben. Dem Netzwerk und der Arbeitsgruppe 1 AGIEREN UND REAGIEREN ist es gelungen, den demokratischen Protest gegen den rechtsextremen Aufmarsch auf deutlich breitere Füße zu stellen. Aber auch die anderen Arbeitsgruppen waren in dieser Zeit nicht untätig. So hat die Arbeitsgruppe 2 BILDUNGSARBEIT UND LOKALGESCHICHTE eine Befragung in der hiesigen Träger- und Bildungslandschaft gestartet, um eine Bestandsaufnahme der Angebote in den Handlungsfelder Demokratieerziehung, Rechtsextremismusprävention und Interkulturelle Bildung zu ermöglichen. Die Arbeitsgruppe 3 STRATEGIEENTWICKLUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT ist auf Grund der Förderung durch den Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz in die Lage versetzt worden, Elemente der strategischen Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln (Homepage, Plakatreihe, Postkartenaktion usw.), ein Handlungskonzept redaktionell umzusetzen und die 1. Netzwerkkonferenz vorzubereiten.

Inzwischen (Stand: Juli 2010) gehören dem Netzwerk 50 Initiativen, Vereine, Institutionen und engagierte Einzelpersonen an.

Abbildung 2: Entwicklung des Netzwerkes Gelebte Demokratie in Dessau-Roßlau



4.2. Bestandsaufnahme der Initiativen im Handlungsfeld

In der Stadt Dessau-Roßlau gibt es eine Vielzahl von engagierten Projekten und Initiativen. In unterschiedlichsten Organisationsformen - von Vereinen, über Institutionen bis hin zu Einzelmaßnahmen – bieten sie allgemeine und individuelle Beratungen, Betreuungsleistungen oder präventiv angelegte Projekte an. Inzwischen stellen sich auch regionale Bildungsträger diesem Aufgabenspektrum.

Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE hat in einer Erhebung in der hiesigen Vereins- und Initiativenlandschaft im Juli 2010 insgesamt 17 solcher Angebote erfasst, ohne dabei den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Die Übersicht schließt zudem Arbeitstische und andere Gremien in der Stadt bislang nicht ein.

Dieser erste Überblick in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Menschenrechts-erziehung, interkulturelle Bildung, Lokalgeschichte und Rechtsextremismusprävention soll dazu beitragen, bestehende Strukturen kenntlich zu machen und daraus einen möglichen Nachjustierungsbedarf abzuleiten. Mit der stärkeren Implementierung und Entwicklung des Netzwerkes, erfahren auch die Angebote eine ständige Anpassung und damit eine notwendige Komplettierung.

Dabei hat sich diese Bestandsaufnahme vor allem auf drei Kernbereiche konzentriert:

- **Beratungsangebote**
- **Projekte**
- **Träger im Handlungsfeld**

Beratung

(nach alphabetischer Reihenfolge der Träger/Institutionen):

- **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus**
(Alternatives Jugendzentrum e. V.)
- **Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt**
(Multikulturelles Zentrum e. V.)
- **Präventionsdezernat der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost**

Projekte

Hier wurden Angebote erfasst, die Träger/Institutionen in Form von Seminaren, begleiteten Filmvorführungen, Vorträgen, Workshops, Fort- und Weiterbildungen, Projekttagen u. ä. für verschiedenste Zielgruppen vorhalten (nach alphabetischer Reihenfolge der Träger/Institutionen):

- **Alternatives Jugendzentrum e. V.:**
 - Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus
 - Rechtsextreme Codes und Symbole
 - Rechtsextreme Jugendkultur und Musik
 - Rechtsextreme Strukturen und Aktivitäten in Dessau-Roßlau
- **Deutsche Angestellten-Akademie:**
 - Servicestelle Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
- **KIEZ e. V. :**
 - Werkstatt „Gedenkkultur in Dessau-Roßlau“
- **Landessportbund/ PSV 90 Dessau-Anhalt e. V.:**
 - Integration durch Sport
- **Multikulturelles Zentrum e. V.:**
 - Interreligiöse und interkulturelle Werkstatt

- Offener Kanal Dessau:
 - Demokratische Welt macht Schule
- Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost
 - Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt
- punkt e. V.:
 - Bauspielplatz Dessau
- St. Johannis GmbH:
 - Migration erlebbar machen
 - Fremde werden Paten – Paten werden Partner
 - Interkulturelle Sensibilisierung in der Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege

Träger

Die bislang erfassten Träger/Institutionen im Handlungsfeld in alphabetischer Reihenfolge (unvollständige und erweiterbare Auswahl):

- Alternatives Jugendzentrum e. V.
- Anhaltisches Theater Dessau
- Deutsch-Afrikanische Initiative e. V.
- Deutsche Angestellten Akademie Dessau GmbH
- Deutsch-Russischer Arbeitskreis „Dialog“ e. V.
- Evangelische Landeskirche Anhalt
- K.I.E.Z. e.V.
- Multikulturelles Zentrum e. V.
- Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost
- punkt e.V.
- St. Johannis GmbH
- Stadt Dessau-Roßlau
- Wir mit Euch e. V.

4.2.1. Herausforderungen

Die vorliegende Bestandsaufnahme zeigt, wie viele modellhafte und erfolgreiche Angebote die zahlreichen Träger, Initiativen und Institutionen in der Stadt vorhalten.

Sie offenbart aber auch brachliegende Potentiale und blinde Flecken im Handlungsfeld, insbesondere im Sportbereich und bei wirtschaftsnahen Bildungseinrichtungen. Während Maßnahmen, die sich der interkulturellen Bildung, der Rechtsextremismusprävention- und Intervention und der Lokalgeschichte widmen, in Dessau-Roßlau stark aufgestellt sind und sich in den letzten Jahren zusehends spezialisiert haben, gibt es bislang kaum Angebote, die sich einer universellen Menschenrechtserziehung und Demokratieförderung verpflichtet fühlen. Zudem ist der Bedarf von adäquaten Projekten für rechtsextrem gefährdete Jugendliche und deren soziales Umfeld (AussteigerInnenprojekte und Elternberatung) unübersehbar. An adäquaten Angeboten in diesem Bereich mangelt es bislang jedoch.

Noch zu oft fehlt es indes an den notwendigen Abstimmungs- und Koordinierungsprozessen zwischen den Trägern. Ein weiteres Manko: Vielen Projekten fehlt eine sichere Finanzierungsgrundlage, so dass die Gefahr einer Reduzierung der Angebotsstrukturen jederzeit gegeben sein kann. Hinzu kommt, dass Projekte und Beratungsangebote zu wenig bekannt sind, nicht im gewünschten Maße zu den Zielgruppen vordringen.

Eine Bündelung der Vernetzung und die gemeinsame Qualifizierung einer wirkungsmächtigen Ansprachekultur, sind dabei die zentralen Herausforderungen für das Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE.

Ein konkret fassbares Ziel dieser Bemühungen: Die Implementierung eines präventiv angelegten Frühwarnsystems in der Stadt. (siehe auch Punkt 6.)

Abbildung 3: Bestandaufnahme der Träger, Initiativen und Projekte

Beratungsangebote	<ul style="list-style-type: none"> - Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus - Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt - Präventionsdezernat der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost
Projekte	<ul style="list-style-type: none"> - Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus ^(a) - Rechtsextreme Codes und Symbole ^(a) - Rechtsextreme Jugendkultur und Musik ^(a) - Rechtsextreme Strukturen und Aktivitäten in Dessau-Roßlau ^(a) - Servicestelle Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ^(d) - Werkstatt „Gedenkkultur in Dessau-Roßlau“ ^(g) - Integration durch Sport ^(h) - Interreligiöse und interkulturelle Werkstatt ^(l) - Demokratische Welt macht Schule ^(l) - Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt ^(k) - Bauspielplatz Dessau ^(l) - Migration erlebbar machen ^(m) - Fremde werden Paten – Paten werden Partner ^(m) - Interkulturelle Sensibilisierung in der Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege ^(m)
Träger	<ol style="list-style-type: none"> a) Alternatives Jugendzentrum e. V. b) Anhaltisches Theater Dessau c) Deutsch-Afrikanische Initiative e. V. d) Deutsche Angestellten Akademie Dessau GmbH e) Deutsch-Russischer Arbeitskreis „Dialog“ e. V. f) Evangelische Landeskirche Anhalt g) K.I.E.Z. e.V. h) Landessportverband/PSV 90 Dessau-Anhalt e. V. i) Multikulturelles Zentrum e. V. j) Offener Kanal Dessau k) Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost l) punkt e.V. m) St. Johannis GmbH n) Stadt Dessau-Roßlau o) Wir mit Euch e. V.
Herausforderungen	<p>Vernetzung: Abstimmungs- und Koordinierungsprozesse ausbauen Abdeckung: blinde Flecken im Handlungsfeld Bekanntheitsgrad: Projekte und Angebote zu wenig bekannt Kontinuität: Finanzierung sicherstellen Bedarf: Elternberatung und Aussteigerprojekte</p>
Ziel	Frühwarnsystem einrichten

5. Zur aktuellen Situation - Ein Problemaufriss

5.1. Lagebild des Rechtsextremismus und Entwicklung der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten

In der Doppelstadt Dessau-Roßlau sind in den vergangenen Jahren vorrangig Vertreter der Neonazikameradschaft „Freie Nationalisten“ in Erscheinung getreten. Die seit 2001 aktive Gruppe machte anfangs fast ausschließlich durch Propagandadelikte vor Ort und die Teilnahme an regionalen und überregionalen Veranstaltungen der extrem rechten Szene auf sich aufmerksam. In den Folgejahren war eine zunehmende Vernetzung mit anderen neonazistischen Personenzusammenschlüssen im Land und darüber hinaus sowie die funktionelle Einbindung in das Geflecht der rechten Szene zu beobachten.

Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten spaltete sich im Jahr 2006 ein Teil der „Freien Nationalisten Dessau-Anhalt“ [FNDA] ab und war zukünftig unter dem Label „Freie Nationalisten Dessau“ [FND] aktiv. Diese Neuorientierung ging u.a. einher mit der Gründung einer weiteren neuen Gruppierung in der Nachbarstadt Aken, die unter der Selbstbezeichnung „Freie Nationalisten Aken/Elbe“ auftritt. Die „Freien Nationalisten Dessau“ um dessen Führungspersönlichkeit Alexander Weinert agierten in den Folgejahren vermehrt in enger Zusammenarbeit mit dem 2006 gegründeten „NPD-Kreisverband Wolfen-Anhalt-Dessau“.

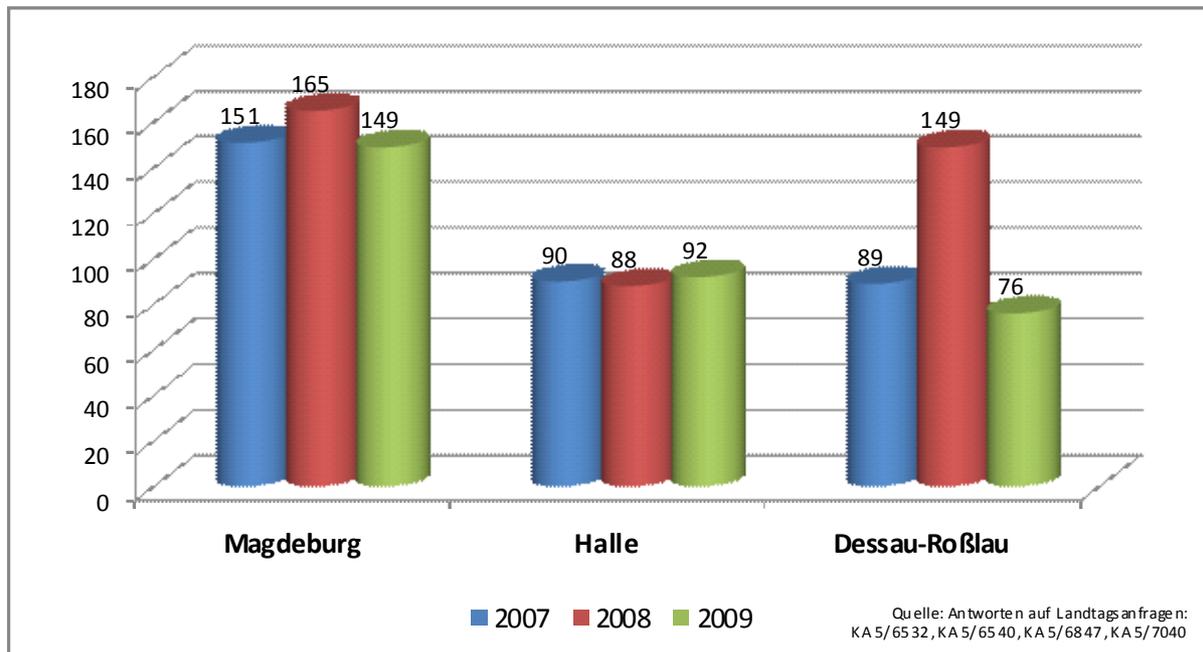
Als Vorsitzende führte den NPD-Kreisverband Carola Holz aus Wolfen an, die 2007 bis 2008 Landesvorsitzende der neonazistischen NPD war und seit 2007 zusammen mit Andreas Köhler für die rechtsextreme Partei im Kreistag von Anhalt-Bitterfeld sitzt. Holz ist seit Jahren dafür bekannt, gezielt mit Aktivisten gewaltbereiter Neonazikameradschaften zusammenzuarbeiten. In der Region Anhalt ist sie mehrfach zusammen mit Kameradschaftsaktivisten als Anmelderin rechter Veranstaltungen aufgetreten. Nachdem Holz im September 2008 zusammen mit sieben von neun Vorstandsmitgliedern vom Landesvorstand der NPD zurücktrat, trat sie in den kommenden Monaten vermehrt mit der Gruppierung „Freie Nationalisten Anhalt-Bitterfeld“ in Erscheinung.

Diese zunächst neue Neonazikameradschaft trat von Anfang an gemeinsam mit den „Freien Nationalisten Dessau“ auf. Mehrfach Doppelkundgebungen, erst in Bitterfeld-Wolfen, wenige Stunden später in Dessau-Roßlau, aber auch gemeinsam organisierte Demonstrationen zeugten in Vergangenheit von der Kooperation. Im Verlauf des Jahres 2009 traten die Neonazis alsbald nur noch mit der Bezeichnung „Freie Nationalisten Anhalt-Bitterfeld/Dessau“ auf. Der Verfassungsschutzbericht 2009 konstatiert für die Gruppierung ein Personenpotential von bis zu 50 Szeneangehörigen und weist ausdrücklich Alexander Weinert als „Führungsperson der örtlichen Freien Nationalisten aus“.

War der erste Neonaziaufmarsch in Dessau im Dezember 2000 noch vorrangig von Aktivisten der Köthener Kameradschaftsszene zusammen mit dem damals noch aktiven Steffen Hupka organisiert worden, veranstalteten die „Freien Nationalisten Dessau-Anhalt“ im März 2005 zusammen mit dem bundesweit bekannten Neonazi Christian Worch erstmals einen eigenen Aufmarsch. Nach Unterbrechungen in den Jahren 2006 und 2007 fanden diese so genannten Trauermärsche anlässlich der Zerstörung der Muldestadt durch alliierte Angriffe 1945 nunmehr seit 2008 alljährlich im März statt. Die Veranstalter haben diesen Termin im Kalender der extremen Rechten mittlerweile etabliert und den Aufmarsch mittlerweile bis 2015 im Voraus angemeldet. Insgesamt fanden im Jahr 2008 vier, im Jahr 2009 drei und in 2010 [bis Juni] bereits zwei versammlungsrechtliche Aktionen der hiesigen Rechten statt.¹

¹ vgl.: Ministerium des Inneren Sachsen-Anhalt (Hg.): "Verfassungsschutzbericht 2009", url:> http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_des_Innern/PDF_Dokumente/Verfassungsschutz/verfbo_09_Endfassung.pdf <, 02. Juni 2010, S. 31

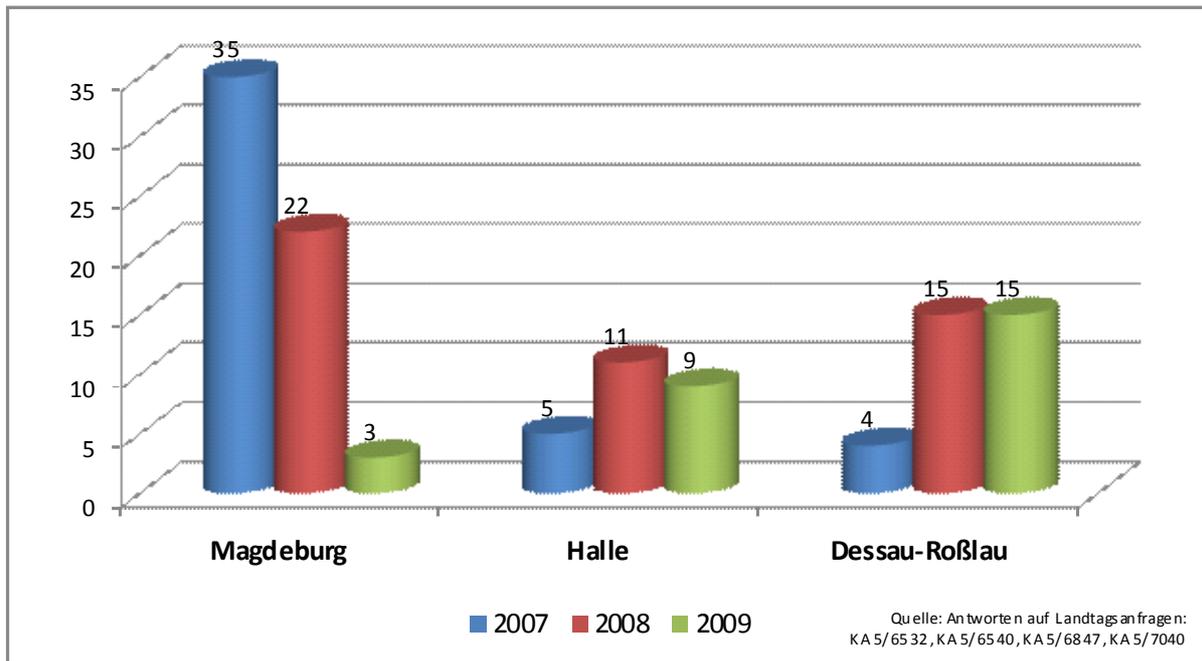
Abbildung 4: rechtsextreme und fremdenfeindliche Straftaten laut Innenministerium (ohne Gewaltstraftaten)



Vertreter und Sympathisanten der „Freien Nationalisten“ sind vor Ort zudem mehrfach in Verbindung mit Straf- und Gewalttaten in Erscheinung getreten. Infolge von Gerichtsverhandlungen hatten und haben mehrere Protagonisten Haftstrafen zu verbüßen. Für 2009 konstatiert der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt: „Die rechtsextremistische Szene in der Region Anhalt (...) ist als subkulturell und gewaltbereit einzuschätzen“. Im Landesvergleich rechter Gewaltstraftaten stellt die Behörde fest: „Schwerpunktregion der rechtsextremistischen Gewalt war die Stadt Dessau-Roßlau, gefolgt vom Landkreis Jerichower Land und der Region Stendal“.²

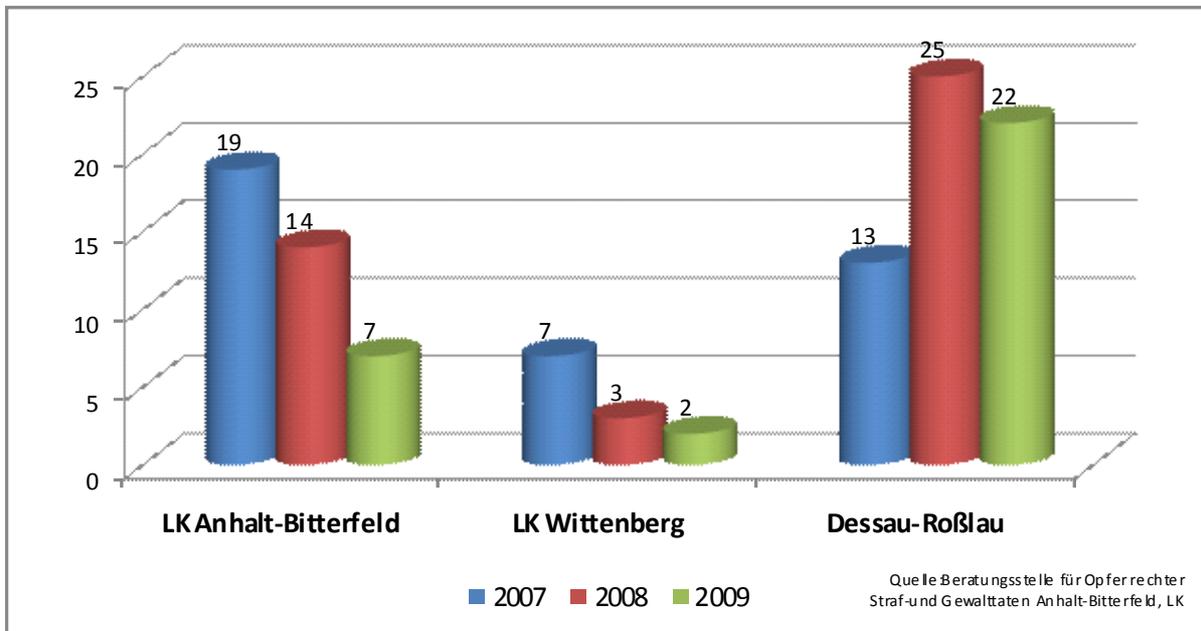
² vgl.: Ministerium des Inneren Sachsen-Anhalt (Hg.): "Verfassungsschutzbericht 2009", url: > http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_des_Innern/PDF_Dokumente/Verfassungsschutz/verfbo_09_Endfassung.pdf >, 02. Juni 2010, S. 08

Abbildung 5: rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalttaten laut Innenministerium



In Ergänzung der offiziellen Statistik des Innenministeriums des LSA verzeichnet die Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalttaten in Anhalt folgende regionale Verteilung:

Abbildung 6: rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalttaten laut Beratungsstellen für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten



Mit zwei Prozent der Wählerstimmen konnte ein Rechtsanwalt aus Dessau für die rechtsextreme DVU (Deutsche Volkunion) 2007 ein Mandat im Stadtrat erringen. Der Stadtrat, der darüber hinaus die Funktion des DVU-Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt und Sachsen ausübt, ist zudem Mitglied im Bundesvorstand der rechtsextremen Partei. Seit 2009 arbeitete er außerdem für die sächsische NPD-Landtagsfraktion. Dort betreut er als parlamentarischer

Berater „schwerpunktmäßig den Ausschuß für Verfassung, Recht und Europa sowie den Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten“³, verkündete die sächsische NPD-Fraktion im Internet.

Beim Landesparteitag der NPD Sachsen-Anhalt am 24. April 2010 überbrachte er Grußworte der DVU.⁴ Nach dem DVU-Landesparteitag am Folgetag verkündet die rechte Partei, zu Gunsten der NPD nicht zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im März 2011 anzutreten.

Bei Stadtratssitzungen meldete sich der Rechtsextremist zu Wort, um die Proteste gegen Neonaziaufmärsche in der Stadt zu kritisieren. Als „selbstherrlich und undemokratisch“ und „zu Willkür und offenem Rechtsbruch bereit“ bezichtigt er dabei „Verantwortliche der Stadt“ aufgrund eines 2008 angestrebten Verbots.⁵ Angesichts der Debatte um die Erhöhung der Hundesteuer beschwerte sich der DVU-Politiker, „wie viele Euro allein in Dessau-Roßlau jedes Jahr gegen den hanebüchernen Kampf gegen Rechts gesteckt werden ... oder die immer aufdringlichere einseitige Gedenk- und Sühnekultur kostet“⁶.

Im Juni 2008 lud der DVU-Landesverband zu einer Saalveranstaltung in Dessau-Roßlau ein. Dem Aufruf folgten kaum 25 Personen, die sich in einem Hinterzimmer einer Dessauer Gartensparten-Kneipe versammelten.⁷

5.2. Strukturelle Ausgangslage der Demokratieentwicklung in Dessau-Roßlau

5.2.1. Hemmende Faktoren

In der Doppelstadt Dessau-Roßlau können mehrere gesellschaftspolitische und infrastrukturelle Faktoren beschrieben werden, die die weitere Ausprägung einer demokratischen Alltagskultur hemmend beeinflussen. Der Lokale Aktionsplan für Demokratie und Toleranz (LAP) hat in einer Tiefenevaluation⁸ aus dem Jahre 2009 einige dieser Phänomene als defizitär markiert. Auf diese Ergebnisse wird hier deshalb Bezug genommen, weil sie in den Diskussionsprozessen, die in ihrer Konsequenz zur Gründung des Netzwerkes führten, eine nicht unerhebliche Rolle spielten.⁹ Auf einige dieser Punkte soll im Folgenden etwas näher eingegangen werden.

Als ein Haupthindernis wurde die mangelnde Bereitschaft vieler Menschen, sich in demokratische Mit- und Ausgestaltungsprozesse aktiv einzubringen, ausgemacht. Dieses Desinteresse führt nicht selten zu Frustration, die wiederum die Bereitschaft, sich einfachen und pauschalen Lösungen für komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge anzuschließen, deut-

³ vgl.: NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag (Hg.): Pressemitteilung vom 02. November 2009 "Personalveränderungen im Parlamentarischen Beratungsdienst der NPD-Fraktion", url: > <http://www.npd-fraktion-sachsen.de/index.php?verweis=3.1.1&drucksache=pressemitteilungen&drucksacheid=916> > 02. Juni 2010

⁴ vgl.: NPD Landesverband Sachsen-Anhalt (Hg.): Pressemitteilung vom 25. April 2010 "Listenparteitag der Sachsen-Anhalt-NPD erfolgreich beendet. 20 Kandidaten für den Landtag von Sachsen-Anhalt.", url: > <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/index.php?s=105&aid=14> > 02. Juni 2010

⁵ vgl.: Stadt Dessau-Roßlau (Hg.): Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 12.03.2008, url: > <http://www.dessau.de/Deutsch/Buergerservice/Buergerinfoportal/> >, 01. Juni 2010, S. 07

⁶ vgl.: Stadt Dessau-Roßlau (Hg.): Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 22.10.2008, url: > <http://www.dessau.de/Deutsch/Buergerservice/Buergerinfoportal/> >, 01. Juni 2010, S. 17

⁷ vgl.: Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt und des Landes Brandenburg (Hg.): "Gemeinsames Lagebild der Verfassungsschutzbehörden Brandenburg und Sachsen-Anhalt", url: > http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_des_Innern/PDF_Dokumente/Verfassungsschutz/Lagebild_SAN_BB_web.pdf > 02. Juni 2010, S. 05

⁸ Begleitausschuss des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz (Hg.): Evaluation des Aktionsplanes Dessau-Roßlau nach logischem Modell, 12. Juni 2009, Dessau-Roßlau, unveröffentlicht

⁹ Lokaler Aktionsplan für Demokratie und Toleranz, Koordinierungsstelle (Hg.): Ergebnisdokumentation des Strategieworkshops: Gelebte Demokratie aber wie? Perspektiven und Handlungsstrategien für ein weltoffenes Dessau-Roßlau., 13. Juli 2009, herausgegeben vom Alternatives Jugendzentrum e. v. Dessau, Dessau-Roßlau, unveröffentlicht
Steffen Andersch / Folker Bittmann: Ergebnisdokumentation: Das Ding muss nun zum Laufen kommen. Zur Gründung des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau, herausgegeben vom Alternatives Jugendzentrum e. v. Dessau, 07. Januar 2010, Dessau-Roßlau, url:

http://gelebtedemokratie.de/docs/Ergebnisdokumentation_Gruendung_Netzwerk_GELEBTE_DEMOKRATIE.pdf

lich erhöht. Diese Simplifizierungen führen im Ergebnis, vor allem in Ostdeutschland, nicht selten in gerader Linie zur Präferenz fremdenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungsmuster. Dass Demokratieförderung noch immer die beste Rechtsextremismusprävention ist, gilt uneingeschränkt auch für Dessau-Roßlau. Eine GELEBTE DEMOKRATIE ist ganz sicher nicht nur mit der Beteiligung an Wahlen zu fassen. Doch wenn zur letzten Stadtratswahl am 22. April 2007 gerade einmal 37.150 Menschen und damit nur 46, 2 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, ist dies schon ein alarmierendes Signal.¹⁰

Mögliche Ursachen für diesen Trend wurden vielschichtig diskutiert. Die allgemeine Politikverdrossenheit, die wohl eher als Demokratieverdrossenheit zu beschreiben ist, wurde an erste Stelle genannt. In diesem Zusammenhang kam jedoch auch die Frage auf, ob in der Stadt beteiligungsorientierte Angebote schlicht und einfach fehlen, um eine gesellschaftliche Partizipation überhaupt zu ermöglichen und als attraktiv erscheinen zu lassen. Gerade die Frage nach der Attraktivität müssten sich sowohl zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereinen als auch die Kommunalpolitik und die Stadtverwaltung gefallen lassen. Also, ob überhaupt ein erfolversprechender Anspracheton, eine verständliche Kommunikation zwischen Sender und Empfänger und die Aussicht auf einen Win-Win-Effekt konzeptionell mitgedacht wird. Denn Menschen, so der Tenor, bringen sich bekanntlich nur dort ein, wo sie für ihr Engagement am Ende etwas zurückbekommen: Und sei es Anerkennung und Ermutigung.

Eine als ungewöhnlich zu bezeichnende Konstellation ist ambivalent zu betrachten. Die kommunalpolitische Spitze in dieser Stadt, so die Analyse, engagiert sich für Demokratie und Toleranz und unterstützt den Lokalen Aktionsplan, forciert die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und hat sich nicht zuletzt für das Netzwerk stark gemacht. An der kommunalpolitischen Basis jedoch und im Stadtrat, scheint das Handlungsfeld Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keinen exponierten Stellenwert einzunehmen. Auch wenn sich seit der Gründung von GELEBTE DEMOKRATIE einiges bewegt hat, ist eine positiv besetzte Profilierung der hiesigen Parteienlandschaft im Themenkreis kaum zu erkennen. Wenn einige wenige deutungsmächtige AkteurInnen aus Verwaltung und Politik Türen öffnen, ist das viel mehr als anderswo. Doch andere bleiben geschlossen. Gerade aus der Kommunalpolitik vermissen nicht nur zivilgesellschaftliche AkteurInnen Impulse für eine Anerkennungs- und Solidarisierungskultur. Eine Anerkennung für das oftmals ehrenamtliche Engagement von Menschen, die sich für Demokratie und Toleranz stark machen, und ein öffentlich wahrnehmbares Zeichen, dass gerade Opfer rechter Gewalt und Betroffene diskriminierender Alltagserfahrungen nicht alleine gelassen werden.

Dass es bislang nur unzureichend gelungen ist, weitere Akteursgruppen in die Debatte und Ausgestaltung eines demokratisch verfassten Gemeinwesens engagiert einzubinden, ist eine weitere Ist-Stand-Markierung der bisherigen Debattenlage. Der LAP und später das Netzwerk haben dafür den Begriff „Aufstand der Zuständigen“ geprägt. Damit ist gemeint, dass beispielhaft hiesige Wirtschaftsunternehmen, die Sportlandschaft und die Tourismusbranche noch nicht genügend dazu motiviert werden konnten, im Sinne einer abgestimmten Handlungsstrategie für die Standortfaktoren VIELFALT, DEMOKRATIE und LEBENSFREUDE einzutreten.

5.2.2. Nutzbare Potentiale und Ressourcen

Trotz der im vorangegangenen Punkt beschriebenen Phänomene, die der weiteren Demokratisierung des hiesigen Gemeinwesens im Wege stehen, sind in letzter Zeit auch positive Faktoren in der Stadt zu konstatieren, die zweifellos nutzbare Potentiale und Ressourcen für die weitere Verankerung einer demokratischen Alltagskultur darstellen und schon deshalb unbedingt als Chance begriffen werden sollten.

¹⁰ vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, url: > <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kwkw/erg/kreis/kw.15001.ergtab.dr.html> <, 09. Juni 2010

Die Sensibilisierung für rechtsextrem motivierte Aktivitäten und Straf- und Gewalttaten ist in der Stadt deutlich gestiegen. Dieser erfreuliche Trend lässt sich u. a. an einer verstärkten medialen Berichterstattung und einer konsequenteren Ermittlungsarbeit und Strafverfolgung von Polizei und Justiz ablesen. Hauptmotor sind jedoch die zahlreichen Vereine, Initiativen und Beratungsprojekte, die sich über die Jahre in diesem Handlungsfeld engagiert haben und damit die öffentliche Debatte vorantreiben. Es ist zu vermuten, dass dieses Engagement auch ein Grund dafür ist, warum in Dessau-Roßlau überproportional viele rechtsextrem motivierte Delikte bekanntwerden. Im Gegensatz zu anderen Regionen des Landes, konnte die Wahrnehmung hier spürbar geschärft werden.

Insbesondere mit der Implementierung des Lokalen Aktionsplanes ist es erstmals in einem nennenswerten Umfang gelungen, dass staatliche und nichtstaatliche AkteurInnen strategisch zusammenarbeiten. Diese Kooperation auf Augenhöhe kann erfreulicherweise inzwischen auch für das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE ausgemacht werden. Eine gleichberechtigte Kommunikation und Interaktion zwischen Vereinen, Initiativen und der Verwaltung baut dabei nicht nur gegenseitige Barrieren, Vorurteile und Stereotype ab, sondern ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Veränderungsprozesse im kommunalen Gemeinwesen tatsächlich angestoßen und verstetigt werden können.

Im Bereich der in Punkt 4.2.1. als ausbaufähig beschriebenen Angebote einer direkten und unmittelbaren BürgerInnenbeteiligung in der Stadt sind ebenso Bewegungen zu erkennen. Exemplarisch soll hier auf drei Beispiele eingegangen werden, die als richtungsweisend gelten könnten.

Der Stadtpark im Zentrum Dessaus wurde über Jahre von den Menschen nicht angenommen. In der überregionalen Außenwahrnehmung erlangte der Park vor allem als Tatort des Mordes an Alberto Adriano Berühmtheit. Er galt als verrufener Ort, an dem Drogen gehandelt würden und die Kriminalität blühe. Die Diskussionen um den Drogenhandel, waren dabei nicht selten alltagsrassistisch aufgeladen. Der Verweis auf die tatsächliche Kriminalitätsstatistik und argumentative Aufwertungen von Politik und Tourismusverbänden fruchteten wenig. Das subjektive Empfinden der BürgerInnen war mit der Realität nicht in Einklang zu bringen. Der Stadtpark hatte sein Image weg. Das änderte sich erst, als sich Politik und Verwaltung zusammen mit dem Bauhaus, StadtplanerInnen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und SponsorInnen auf ein Experiment einließen. Unter dem Titel „Stadtpark im Umbau“ wurde ein Prozess gestartet, in dem die Menschen dazu aufgerufen wurden, nicht nur Vorschläge zur attraktiven Umgestaltung zu machen, sondern ihren Stadtpark selbst in Besitz zu nehmen. Dieses Konzept, dass wohl am besten mit dem Begriff „Planung durch Aktion“ umrissen werden kann, scheint dabei aufgegangen zu sein. Inzwischen gibt es Veranstaltungsreihen wie den „Parksommer“, Unternehmen, Vereine, Institutionen und Religionsgemeinschaften haben Patenschaften übernommen. Der Park ist wieder ein lebendiger Ort.

Die aktuelle Debatte um die Konsolidierung des Stadthaushaltes hat große Wellen geschlagen und ist höchst emotional besetzt. Dass Verwaltung und Politik angesichts des enormen Sanierungsbedarfes den Schritt wagten, die BürgerInnen an der perspektivischen Debatte um Prioritäten in den kommunalen Kassen zu beteiligen, ist in jedem Fall zu begrüßen, auch wenn der öffentlich aufgebaute Druck einer Bürgerinitiative maßgeblich dazu beigetragen hat, dieses Element eines Bürgerhaushaltes zu zulassen. Ganz unabhängig davon, ob die eingereichten Sparvorschläge am Ende alle umzusetzen sind, hat Oberbürgermeister Klemens Koschig zugesagt, alle Ideen eingehend zu prüfen. Und dass diese Möglichkeit einer direkten Beteiligung angenommen wird, zeigt die bisherige Resonanz. Weit über 150 Konsolidierungsvorschläge sind derzeit im Internet nachzulesen.¹¹

Ein Leitbild einer Stadt ist für die perspektivische Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unerlässlich. Legt es doch die langfristigen Schwerpunkte in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Soziales, Tourismus, Stadtentwicklung usw. fest. Dieser nachhaltige Kompass für die zukunftsorientierten Perspektiven einer Kommune sollte deshalb nicht nur in

¹¹ vgl.: url:> <http://www.dessau.de/Deutsch/Dessau-Rosslau/Reden-und-Grussworte/Buergerhaushalt/> <, 09. Juni 2010

den Amtsstuben diskutiert werden, geht er doch alle an. Der Leitbildprozess in Dessau-Roßlau hat genau auf eine solche Beteiligung gesetzt. Bürgerinnen und Bürger waren im Rahmen einer öffentlichen Auslegung aufgerufen, Vorschläge und Handlungsempfehlungen einzubringen und haben davon Gebrauch gemacht.¹²

6. Bedarfsanalyse

Die Stadt Dessau-Roßlau hat sich in ihrem aktuellen Leitbild zu „einer Kultur des engagierten Miteinanders und des Dialogs“ verpflichtet.¹³ Dieses Bekenntnis für mehr Demokratie und BürgerInnenbeteiligung wird in dem Papier im Handlungsfeld „SOZIALES MITEINANDER“ zudem unmissverständlich mit dem Netzwerk assoziiert: „In Dessau-Roßlau wird das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE mit Akteuren aus Kommunalpolitik, Wirtschaft, Kultur, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Initiativen weiterentwickelt.“¹⁴ Da die Qualifizierung und die Weiterentwicklung des Netzwerkes hier explizit benannt werden, leitet sich im Sinne der Leitbildprüfung allein aus diesem Umstand der Bedarf für den Ausbau des Gremiums ab.³ Zudem ist in der strukturellen Schwächen-Analyse (Defizite), die im Rahmen des Leitbildprozesses vorgenommen wurde, eine erstaunliche Kongruenz zum Problemaufriss des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz und des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE auszumachen.¹⁵ Hier wie da werden integrierte Handlungsstrategien zur Demokratisierung der Stadtgesellschaft eingefordert und die bisherige Praxis als unzureichend beschrieben.¹⁶

Der qualifizierte Ausbau des Netzwerkes kann insbesondere dazu beitragen, die im Problemaufriss (siehe Punkt 5.2) als defizitär markierten Faktoren im Gemeinwesen dieser Stadt abzumildern:

Wirtschafts- und Kulturstandort Dessau-Roßlau stärken

Dass Stadtleitbild räumt der Stärkung des Wirtschafts- Bildungs- und Kulturstandortes Priorität ein.¹⁷ Nur so sei eine nachhaltige Prosperität auf Dauer zu gewährleisten. Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz sind nicht nur zentrale Momente eines demokratisch verfassten Gemeinwesens, sie sind positiv besetzte weiche Standortfaktoren (soft skills). Mit der Verfestigung solcher Werte kann es gelingen, die Attraktivität einer Kommune erheblich zu steigern. Dies ist umso entscheidender, weil auch die Stadt Dessau-Roßlau auf Grund der demographischen Entwicklung verstärkt auf Migration und Zuwanderung angewiesen sein wird. Nur so können die sozioökonomischen Rahmenbedingungen auf Dauer verbessert werden. Menschen, gut ausgebildete zudem, werden zukünftig zwischen mehr Angeboten und Arbeits- und Wohnorten wählen können. In diesem Wettbewerb stellt sich nur eine Kommune gut auf, die neben einer harten Infrastruktur und der entsprechenden Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, auch für ein demokratisches Mikroklima sorgt. Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE steht mit seinen Kompetenzen und Ressourcen seiner Mitglieder für die Zurückdrängung alltagsrassistischer und fremdenfeindlicher Diskurse, die interkulturelle Öffnung von Verwaltung, Kultur und Wirtschaft und die Demokratisierung der Stadtgesellschaft. Diese Ziele tragen dazu bei, die weichen Standortfaktoren wesentlich auszubauen.

Breitenwirksame Einbindung von BürgerInnen ermöglichen und damit Elemente einer demokratischen Alltagskultur stärken

¹² vgl.: Stadt Dessau-Roßlau (Hg.): „Stadtleitbild Dessau- Roßlau 2025. Wege für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Stadt.“, unter url:> > <http://www.dessau-rosslau.de/downloads/Deutsch/Dessau-Rosslau/Aktuelle-Beitraege/Stadtleitbild-Dessau-02213/Stadtleitbildentwurf.pdf> <, 21. Juni 2010, S. 39

¹³ ebd. S. 11

¹⁴ ebd. S. 35

¹⁵ ebd. S. 37

¹⁶ ebd. S. 7

¹⁷ ebd. S. 13 und S. 17

Die in Punkt 5.2.1. als defizitär beschriebene Demokratieverdrossenheit in der Stadt kann nicht über Nacht mit einer konstatierten Aktion abgebaut werden. Viele prozesshaft angelegte Schritte können jedoch dazu führen, dass die Bereitschaft sich aktiv in die Um- und Ausgestaltung der demokratischen Stadtgesellschaft einzubringen, erhöht werden kann. Dazu gehört aus Sicht des Netzwerkes vor allem die Überprüfung der bisherigen Ansprachepraxis. Die im Netzwerk assoziierten Vereine, Initiativen und Institutionen diskutieren bereits jetzt intensiv die Frage, wie die Angebotsmodelle so optimiert werden können, dass sie bei den Bürgern und BürgerInnen auch tatsächlich ankommen und zum aktiven Tun motivieren. Diese notwendige Debatte wird das Netzwerk in die Stadt hineinragen und qualifizieren.

Verbindliche und nachhaltige Strukturen für gegenseitige Information und gemeinsame Interventionsstrategien implementieren

Viele Akteure und Akteurinnen in der Stadt beklagen die unzureichende Vernetzung von Einrichtungen und Institutionen. Im Leitbild der Stadt wird dieser Umstand in der Schwächen-Analyse explizit benannt.¹⁸ Diese mangelhafte Abstimmung führt nicht nur zu hemmenden Parallelstrukturen und verhindert damit notwendige Synergien, sondern führt im Ergebnis dazu, dass auf demokratiefeindliche Tendenzen und Ereignislagen oftmals nur aktionistisch und nicht mit den gebotenen integrierten Handlungsstrategien reagiert wird. Das verhindert zudem in nicht wenigen Fällen eine krisenbewährte Intervention. Das Netzwerk ist im Bildungssektor gerade dabei, eine Erfassung der Bildungsangebote in den Handlungsfeldern Menschenrechtserziehung, interkulturelle Kompetenzen, Freiwilligenarbeit, Lokalgeschichte und Rechtsextremismusprävention zu erstellen. Ziele dieser Maßnahme sind, modellhafte Projektansätze einer bereiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen [Nachnutzung als Verstärkung], entstandene Kooperationsgeflechte auszubauen [Qualifizierung der Vernetzung] und blinde Flecke zu identifizieren [Bedarfsanalyse als Evaluation]. Mittelfristig ist geplant, diese Erkenntnisse in die Fortschreibung des Handlungskonzeptes des Netzwerkes einfließen zu lassen, um so auf die tatsächlichen Notwendigkeiten noch zielgenauer reagieren zu können. Dies setzt natürlich eine transparente und basisdemokratische Kommunikation auf Augenhöhe voraus. Das ist seit Monaten schon gelebte Praxis im Netzwerk.

Frühzeitig einsetzende Warn- und Präventionssysteme ausbauen

Wie das Lagebild Rechtsextremismus im Punkt 5.1. zeigt, steht die Stadt im Landesvergleich der rechtsextrem motivierten Gewaltstraftaten an erster Stelle. Diese wirksam zu bekämpfen und strafrechtlich zu verfolgen, ist zu vorderst Sache von Polizei und Justiz. Demokratiefeindliche Tendenzen und Einstellungsmuster können nicht verboten werden, gehören mithin zur gesellschaftlichen Realität in Dessau-Roßlau. Ziel muss es sein, diese nicht wirkungs- und deutungsmächtig werden zu lassen. Dieser Ausdruck von Sensibilität und Auseinandersetzung ist vor allem mit präventiv angelegten Maßnahmen in Schulen, der Erwachsenenbildung, in der Freizeit und im Vereinsleben umzusetzen. Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE bündelt hier bereits jetzt Aktivitäten und befördert Kommunikationsstrukturen. Wenn das Präventionssystem aber zielgenau greifen und die Maßnahmen nicht einfach verpuffen sollen, ist die Phase des Erkennens von immanenter Bedeutung. Damit ist gemeint, dass der Bedarf an präventiven Projekte auch bei den fachkompetenten Projektträgern und Beratungsstrukturen ankommt. Ganz konkret bedeutet dies, dass demokratiefeindliche Ereignisse und/oder Stimmungslagen in Institutionen unmittelbar und zeitnah zum Anlass genommen werden, um die vorgehaltenen vielschichtigen Modelle und Ansätze punktgenau zum Einsatz zu bringen. Dies funktioniert in der Stadt bislang nur punktuell. Diese Errichtung eines Frühwarnsystems setzt bei den Institutionen eine geschärfte Problemwahrnehmung und die Bereitschaft zur Inanspruchnahme von Unterstützung und Begleitung voraus. Von den Projekten und Beratungsangeboten verlangt es eine flexible und vertrauenswürdige Kooperation abseits von Belehrungen und Unterstellungen. Um ein solches System in der

¹⁸ vgl.: Stadt Dessau-Roßlau (Hg.): „Stadtleitbild Dessau- Roßlau 2025. Wege für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Stadt.“, unter url > <http://www.dessau-rosslau.de/downloads/Deutsch/Dessau-Rosslau/Aktuelle-Beitraege/Stadtleitbild-Dessau-02213/Stadtleitbildentwurf.pdf> >, 21. Juni 2010, S. 7

Stadt mit einer verlässlichen und verbindlichen Struktur auszubauen, setzt das Netzwerk auf die in Punkt 5.2.2. als positiv markierte Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Als Vorbild kommt dabei das Modell einer „Task Force“ in Frage. Das hat sich in einigen Städten bereits erfolgreich bewährt. Bekenntnis der Kommunalpolitik zum Handlungsfeld Demokratieförderung

Seit Bestehen des Netzwerkes bringen sich zusehends mehr kommunalpolitische AkteurInnen in das Handlungsfeld ein. Dies belegt so beispielhaft die hohe Dichte an Stadträten, die sich am demokratischen Protest gegen einen Neonaziaufmarsch am 13. März 2010 aktiv beteiligt haben. Vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen reicht dies jedoch noch nicht aus. Sie wünschen sich eine wahrnehmbare Anerkennungskultur für ihre oftmals ehrenamtliche Arbeit. Daran ist gleichermaßen die Forderung an die demokratischen Parteien geknüpft, das Streben nach mehr Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in der Stadt zu ihrem Thema zu machen, es profiliert und exponiert zu besetzen. Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE setzt hier auf eine direkte Ansprache und die konkrete Einbindung. So werden KommunalpolitikerInnen gebeten, die Patenschaften für Projekte zu übernehmen. Außerdem ist ein Beschluss im Stadtrat angestrebt, in dem sich die Abgeordneten zum Netzwerk und dessen Zielen bekennen.

6.1. Notwendige Voraussetzungen und Rahmenbedingungen

Die professionelle und beteiligungsorientierte Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements für Demokratie, Vielfalt und Toleranz in Dessau-Roßlau braucht - wenn sie nicht saisonales Stückwerk bleiben soll - eine nachhaltige Perspektive und entsprechende Rahmenbedingungen. Ehrenamtliche AkteurInnen und Strukturen können in einem Gemeinwesen dann wirksam agieren, wenn sie auf eine fachkompetente Beratung, Begleitung und Unterstützung zurückgreifen können. So werden nicht nur operative und inhaltliche Überforderungen und daraus resultierende Demotivationsprozesse minimiert, sondern am Ende Handlungsunsicherheiten abgebaut und damit die eigenen Kompetenzen gestärkt.

6.1.2. Einrichtung einer Arbeitsstelle Demokratieentwicklung und Rechtsextremismusprävention¹⁹

Die Arbeitsstelle muss, wenn sie in der Stadt wirksam implementiert werden soll, mehr Aufgaben in den Handlungsfeldern Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention übernehmen als die operative Steuerung des Netzwerkes.

Querschnittsherausforderungen:

- Arbeit mit lokalen Gremien, Institutionen, Vereinen und Behörden
- Vermittlung zwischen zivilgesellschaftlicher (nichtstaatlicher) und staatlicher Ebene (Verwaltung)
- Erstellung von Sozialraum- und Kontextanalysen
- Rechtsextremismusmonitoring
- Organisations- und Projektentwicklung
- Evaluation, Zielüberprüfungen & Controlling
- Prozesse zur Entwicklung von Qualitätsstandards begleiten
- Koordination des Frühwarnsystems (Task Force)
- strategische Öffentlichkeitsarbeit
- operative Koordination des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE

¹⁹ auf eine gesonderte Anlage mit dem Angebotsprofil, den Kompetenz- und Ressourcenanforderungen und dem Finanzierungsbedarf der Arbeitsstelle wird verwiesen